

- 3** "RENOVIERUNG" BEI WOHLERS EICHEN NIMMT KEIN ENDE
Bremen
- 4** DROGENHAUPTSTADT
Berlin
- 6** KAMPF GEGEN MIETHAIE
Thüringen
- 8** "WIR IM QUARTIER"
Hamburg
- 10** KAMPF UM DIE POSTEN IN DER EU
BRD
- 12** GENOSSE AJITH IST FREI! / GENERALSTREIK IN ECUADOR
International
- 14** ADEL B. - DAS WAR MORD!
Nordrhein-Westfalen
- 17** FRAUEN AN DIE MACHT?!
Frauen
- 18** DER KLEINE SCHWARZE FISCH
Kultur

EDITORIAL

Liebe Leserinnen und Leser,

diese Ausgabe der Roten Post steht ganz im Zeichen der Wohnungsfrage, wenn auch unter verschiedenen Gesichtspunkten. Der Artikel aus Thüringen befasst sich mit dem Kampf der Mieter gegen die Miethaie, in Hamburg wird sich mit der Aufwertung des Stadtteils Steilshoop beschäftigt und in dem Artikel über Bremen geht es um die Sanierung der Wohnanlage „Wohlers Eichen“. Dieses drängende Problem wurde schon seit dem Erscheinen der Roten Post immer wieder thematisiert und es ist kein Ende in Sicht. Die Reichen sind nicht in der Lage an der miserablen Wohnungssituation etwas zu ändern und wollen es auch gar nicht. Aber es zeigt sich, dass der Widerstand von unten gegen die Bonzen wächst.

Auch international gibt es positive Entwicklungen. Zum einen die Freilassung auf Kautions des Genossen Ajith aus Indien, was uns mit internationalistischer Freude erfüllt. Und zum anderen der Generalstreik in Ecuador.

Ein Thema, das momentan allgegenwärtig ist, ist die Hetze gegen Muslime. In der letzten Ausgabe wurde schon darüber berichtet, wenn auch mit dem irreführenden Begriff „antimuslimischer Rassismus“ was so nicht stimmt, weil Muslime keine „Rasse“ bzw. Ethnie sind. Der Hass gegen Muslime ist Teil des imperialistischen Chauvinismus der eine wichtige Funktion für dieses System erfüllt. Die Massen aus den imperialistischen Nationen sollen sich nicht mit den Unterdrückten in den abhängigen Nationen verbinden. Sie sollen nicht erkennen, dass sie gemeinsame Interessen haben. Entsprechend muss das Überlegenheitsgefühl, der Chauvinismus

der Menschen in den imperialistischen Nationen gegen die Unterdrückten gefördert werden, damit es keinen vereinten Widerstand gibt. Das trifft aktuell vor allem die Muslime. Das zeigt seine Wirkung. Überall häufen sich die Angriffe gegen Muslime. Zum Beispiel Anfang August in Norwegen, wo ein Mann sich vom Christchurch-Attentäter inspirieren ließ und in einer Moschee das Feuer auf die Betenden eröffnete, aber überwältigt werden konnte. Und auch in Deutschland sind Angriffe auf Muslime an der Tagesordnung, allerdings wird wenig bis gar nicht darüber berichtet. Muslime werden beleidigt, verprügelt, mit Messern attackiert oder sogar ermordet, in Moscheen eingebrochen und Korane zerrissen. Wir haben diese Ausgabe auch die Möglichkeit einen Gastbeitrag aus Nordrhein-Westfalen zu veröffentlichen, der genau das thematisiert und von der Ermordung von Adel B. durch die Polizei in Essen berichtet. Doch nicht nur Muslime sind gegenwärtig imperialistischen Chauvinismus ausgesetzt, in den USA hat dieser jetzt vor allem Latinos getroffen. Lateinamerika, das auch als „Hinterhof der USA“ bezeichnet wird, ist Objekt der Begierde des Yankee-Imperialismus und darum soll sich das Volk in den USA nicht mit den Völkern Lateinamerikas vereint fühlen. Darum wird in den USA massiv imperialistischer Chauvinismus gegen Latinos verbreitet, der sich jetzt in El Paso in einem Massaker entladen hat. Ob in der BRD oder den USA: Wichtig ist, dass wir uns nicht spalten lassen dürfen. Nicht nach Herkunft, nicht nach Religion. Die Arbeiter sind eine Klasse, weltweit, und wir haben ein gemeinsames Ziel. Und das ist die Haltung, die wir verbreiten müssen.

Eure RoPo-Redaktion

IMPRESSUM

V.i.S.d.P.: Franziska Vogler, Blodigstraße 15, 80933 München

Eigentumsvorbehalt: Nach diesem Eigentumsvorbehalt ist die Zeitung einschließlich ihrer Beilagen solange Eigentum der/des AbsenderIn, bis sie den Gefangenen ausgehändigt worden ist. „Zur-Habnahme“ ist keine Aushändigung im Sinne des Vorbehalts. Wird die Rote Post den Gefangenen nicht persönlich ausgehändigt, ist sie der/dem AbsenderIn mit dem Grund der Nichtaushändigung zurückzuschicken.

„RENOVIERUNG“ BEI WOHLERS EICHEN NIMMT KEIN ENDE

Im Bremer Ortsteil Oslebshausen befindet sich die 300 Meter lange, achtstöckige Großwohnanlage Wohlers Eichen. Sie beinhaltet 254 Wohnungen in denen ca. 1000 Menschen leben. Diese Wohnanlage ist seit ein paar Jahren schon Eigentum der Vonovia SE, einer Immobilienfirma die zurecht einen schlechten Ruf hat und auch schon in mehreren Artikeln der Roten Post Thema war. Einen schlechten Ruf hat Wohlers Eichen auch. Zumindest, wenn man sich in der bürgerlichen Presselandschaft umschaute. Da wird immer wieder vom Brennpunkt gesprochen und auch die Vermüllung des Quartiers war ein Thema.

Nun wird seit Mai 2018 in Wohlers Eichen renoviert. Es ist allerdings kein Geheimnis, dass es Unternehmen wie Vonovia nicht in erster Linie darum geht die Lebensqualität der Bewohner zu verbessern. Sondern, dass Vonovia in der Regel saniert um noch mehr Profit aus den Mietern heraus zu holen. Das macht sich in Wohlers Eichen besonders bemerkbar, weshalb wir beschlossen haben der Sache etwas genauer auf den Zahn zu fühlen, uns mit den Anwohnern zu unterhalten und ihre Sicht auf die Dinge zu hören.

Hierbei ist schnell klar geworden, die Renovierungen waren bitter nötig. Und so war die häufigste Antwort auf die Frage was man denn von den Baumaßnahmen hält: „In der Theorie gut, in der Umsetzung sehr schlecht“. Die 56 Wochen, die es eigentlich dauern sollte sind schon längst vorbei und es ist immer noch kein Ende in Sicht. Wie nervig eine monatelange Großbaustelle in, über und unter den eigenen vier Wänden ist dürfte wohl klar sein. Wenn man weiß unter welchen Bedingungen die Arbeiten an den Wohnblocks durchgeführt werden müssen, ist das aber auch nicht verwunderlich. So kam in einem Gespräch mit Arbeitern auf, dass sich ein Gewerk von einem Teil der Baustelle, der immerhin fünf Wohneinheiten umfasst, eine Bohrmaschine teilen mussten. Diese war immer wieder kaputt und musste dann behelfsmässig repariert werden. Kein Wunder also, dass die ganze Angelegenheit so lange dauert.

Hinzu kommen aber noch andere Probleme, die mit der Baustelle einher gehen. So kam es im Laufe der Sanierungen immer wieder zum Ausfall von Strom, Wasser und Internet. Mal angekündigt, mal unangekündigt. Bestehende Mängel, auf die seit Jahren von den Mietern hingewiesen wurde, werden hingegen nicht behoben. Massiver Schimmelbefall in den Wohnungen wird auf das falsche Lüftungsverhalten der Mieter geschoben und bei anderen Mängeln wie kaputten Decken wird auf Zeit gespielt. Und die Modernisierungen, die jetzt umgesetzt werden? Die werden zwar gemacht, aber schlecht - und zum Preis einer deutlich erhöhten Miete. Vonovia selbst behauptet sie würden die alten PVC- gegen moderne Kunststofffenster austauschen, *„da die Häuser nicht mehr den modernen Standards in Sachen Lebensqualität und Umwelt“* entsprechen würden. Die Bewohner von Wohlers Eichen durften nun hautnah miterleben, wie das umgesetzt wird. So hat zum Beispiel das Fenster einer Mieterin von Anfang an ein gebrochenes Mittelglas, drei weitere Mieterinnen und Mieter beschwerten sich darüber, dass die Fenster Steinschläge haben und schlecht eingebaut sind. Eine Reaktion auf diese Misere lief ungefähr so: *„Da hätten wir die Fenster auch selber einbauen können. Das hätten wir vermutlich besser hin bekommen!“*

Was soll man jetzt dagegen tun? In eine andere Wohnung in der Stadt ziehen? Bei der Besichtigung von Wohnungen, die sich ein normaler Arbeiter leisten kann, gibt es nicht selten Interessenten im zweistelligen Bereich. Die Vermieter und Wohnungsgesellschaften wissen wie knapp der Wohnungsmarkt ist. Sie können uns erpressen, weil es zu wenige bezahlbare Wohnungen gibt. Was es gibt, ist ein Luxuswohnkomplex nach dem anderen, z.B. in der Überseestadt. Wenn die Wohnung nicht bezogen wird dient sie als Spekulationsobjekt, während im gleichen Moment die Zahl der Obdachlosen immer weiter steigt. Das zeigt noch einmal deutlich wer von diesem System profitiert. Eine kleine Minderheit von Reichen. Und solange wir nicht für unsere Interessen kämpfen, wird sich daran auch nichts ändern! •

DROGENHAUPTSTADT

Dass Drogen in der Hauptstadt noch verbreiteter als in anderen Städten sind, ist leider mehr als ein Teil des allgemeinen Bildes der Stadt oder ein Vorurteil verbreitet von „Gangsta-Rappern“. Auch in anderen Städten sind sie ein weit verbreitetes Problem in unserer Klasse, weil die Drogen unsere Leute vergiften und so tun als wären sie ein Ausweg aus den Problemen, die man so hat. Seien diese, dass man keinen Job findet, und wenn doch zu wenig Lohn kriegt, dass man sich die Wohnung und den Einkauf nicht mehr leisten kann oder anderes. Aber anstatt einen Ausweg, geschweige denn eine Lösung, zu bieten werden die Drogen nur ein weiteres Problem in der Liste, verschlimmern die Drogen bestehende Probleme und werden manchmal sogar das schwerwiegendste.

Aktuelle Studien zeigen, dass nicht nur der Anteil der Leute die Drogen nehmen in Berlin ansteigt, sondern auch der Konsum pro Person und das Einstiegsalter sinkt, wobei die am meisten konsumierte illegale Droge weiterhin Cannabis bleibt. Eine weitere Tendenz, die es in ganz Deutschland gibt, tritt in Berlin noch stärker auf als sonstwo, nämlich die Verbreitung von Kokain.

Es gibt dazu auch noch Nachrichten über 11 bis 14 Jährige in Marzahn, unter denen sich der Ecstasy-Konsum verbreitet. Dies betrifft noch keine große Anzahl Jugendlicher, aber es zeigt wie verbreitet Drogen in diesem verrottenden System sind und wie skrupellos die Lumpen sind, die sie verkaufen.

Es ist dabei klar, dass wir von Fall zu Fall anders damit umgehen müssen. Wenn jemand ab und zu einen Joint raucht ist das nichts Gutes, aber ein kleineres Problem als das des Abhängigen, des Alkoholikers oder ähnlichem von nebenan, dem wir dabei helfen sollten sein Problem zu überwinden, sei es durch Gespräche, Unterstützung beim Entzug oder einfach regelmäßigen Kontakt. Hier muss klar sein, dass der Alkoholismus genauso ein Problem ist, das unsere Klasse betrifft. Mit den Dealern, die vor der Tür stehen sieht es aber anders aus als mit den Abhängigen. Diese nutzen die Leiden, Sorgen und Probleme unserer Leute aus und vergiften sie. Manchmal werden sie da rein gezwungen, wie es zum Beispiel bei einigen migrantischen Straßendealern der Fall ist, die von

den Banditen, denen die Flüchtlingsboote gehören, erpresst werden. Oft wird aber auch gedealt, einfach weil es eben leichter und entspannter ist Gift zu verkaufen, als sich mit den gleichen Schwierigkeiten bei Jobsuche und Job herumzuschlagen, den der Rest von uns auch hat. Dabei sind die Lumpen auf den höheren Ebenen dieses Geschäfts noch größere Schweine.

Der Umgang der Stadt damit zeigt klar, dass es für sie akzeptabel ist, wenn unsere Leute kaputt gehen. Gegen die Quellen der Drogen wird höchstens in seltenen, hoch publizierten Einzelfällen vorgegangen. Offen bekannte Drogenverkaufsplätze wie auf der Warschauer Brücke oder dem Görlitzer Park werden akzeptiert oder nach sehr unregelmäßigen Kontrollen wieder ignoriert. Nebenbei wird angestrebt Drogen stellenweise zu legalisieren. So ist es nun schon legal „CBD-Gras“ zu verkaufen. Das hat zwar fast kein THC, den Hauptwirkstoff beim normalen Cannabis, aber eine gewisse Rauschwirkung hat es trotzdem und es ist ein Schritt in Richtung genereller Legalisierung.



Drogenverkaufszone im Görlitzer Park

Was der Umgang damit ansonsten so ist, zeigt die Debatte um den Görlitzer Park recht anschaulich.

Hier gab es 2016 ein „Parkkonzept“ wie gegen den offenen und allseits bekannten Drogenverkauf vorzugehen sei. Teil davon waren das Entstehen eines „Parkmanagers“ und von „Parkläufern“. Sie haben zwar keine polizeilichen Befugnisse, aber selbst ihr offizieller Auftrag ist „Präsenz zu zeigen“. Es soll also alltäglicher werden eben diese „Präsenz“ zu sehen und möglicherweise kontrolliert zu werden. Fernab davon damit etwas gegen die Dealer zu tun, gibt es nun Vorwürfe gegen einige von ihnen selbst mit Drogen zu dealen. Der Parkmanager entwirft währenddessen Konzepte wie „markierte Zonen für Dealer“. Er versucht also nicht einmal mehr das Bild aufrecht zu erhalten den Kampf dagegen zu führen. Wenn der angebliche „Kampf gegen Drogen“ doch mal passiert, dann oft als Rechtfertigung, zum Beispiel für Rassismus, wenn bei den „zufälligen Kontrollen“ „zufälligerweise“ wieder nur Migranten schikaniert werden.

Auch international wird der „Krieg gegen Drogen“ immer wieder als Vorwand genommen, um gegen revolutionäre Bewegungen und Rebellionen vorzugehen. So wurde zum Beispiel auch die von der Reaktion als „Leuchtender Pfad“ bezeichnete Kommunistische Partei Perus, als „Drogenschmuggler“ betitelt, obwohl diese eine klare Haltung gegen die Drogenhändler hat und sie

aktiv bekämpft. Dabei ist aber klar wer tatsächlich der größte Spieler im internationalen Drogenhandel und der -produktion ist: der Yankee-Imperialismus. Zusätzlich dazu, dass sie direkt finanziell vom Drogengeschäft profitieren, werden die Drogen als politische Waffe eingesetzt. Ein bekanntes Beispiel hierfür ist die Verbreitung von Drogen, vor allem Kokain und Heroin, durch das FBI in den Vierteln in denen die Black Panther am aktivsten waren.

Eine Lösung für die Probleme mit den Drogen muss die Wurzel des Problems angehen, das heißt auf der einen Seite gegen die Lumpen zu kämpfen, die dieses Gift verbreiten, vor allem die auf den höheren Ebenen. Auf der anderen Seite heißt das auch gegen die Gründe warum Leute Drogen nehmen etwas zu tun. In der Hauptsache nämlich, dass wir in diesem verrottenden, unterdrückenden, ausbeuterischen System jeden Tag Scheiße fressen und manche einen Ausweg oder Flucht im Rausch suchen. Aber wir sollten den Hass und Frust den das schafft nicht versuchen zu übermalen oder zu vergessen. Wir müssen ihn als Klassenhass, als gerechtfertigte Rebellion hochhalten gegen den Imperialismus und die Schweine, die versuchen ihn zu erhalten und sich so gegen die Zukunft stellen, die ihnen über den Kopf rennen wird. •



Parkläufer

IM KAMPF DER MIETER GEGEN DIE AUSBEUTUNG DURCH MIETHAIE GEHT ES VORWÄRTS!

Der Kampf der Mieter gegen ihre Ausbeutung durch Miethaie scheint im ganzen Land zu lodern. Gentrifizierung ist nun nicht mehr nur den Menschen in Berlin oder anderen deutschen Großstädten ein Begriff, auch Mietern der Kommunalen Wohnungsgesellschaft Erfurt (kurz KoWo) droht Böses, wenn sie an die Einlage ihres Vermieters in die Stadtwerke denken. Der „KoWo Deal“ soll 40 Millionen für die Stadt bringen, die diese für die Renovierung der teils maroden Schulen verwenden will. Die Mieter befürchten beim Verkauf der KoWo jedoch einen Anstieg der Mieten. Sie haben daher eine Bürgerinitiative gegründet um Unterschriften zu sammeln und beim Erfurter Stadtrat gegen den Verkauf zu protestieren.

Das Argument der Schulsanierung ist hier eine lodernde Nebelkerze. Die Stadt bringt diese offenkundig nur vor um die Mieter und die Eltern der Schüler gegeneinander auszuspielen in dem sie so tun, als müsste man sich zwischen sozialem Wohnungsbau und Schulen, in denen man im Winter eine Heizung anschalten kann, entscheiden. Die Betroffenen lassen sich das nicht bieten und haben sich längst an einen Tisch gesetzt und sich gegenseitig ihre Solidarität ausgesprochen. Auch den Elterninitiativen ist klar, dass die Finanzierung der Schulsanierungen durch den Verkauf der KoWo eine billige Ausrede ist. Die 40 Millionen sind nicht annähernd genug um den massiven Investitionsstau

bei der Schulsanierung zu tilgen. Dieser wird mittlerweile auf bis zu 500 Millionen gerechnet. Dabei war sich die regierende Linkspartei Anfang Juni noch nicht zu schade um über Facebook zu feiern, dass der Umsatz der Industriebetriebe im bundesdeutschen Durchschnitt am stärksten in Thüringen gestiegen sind. Ob die Kollegen der Siemens-Generatoren Werke in Arnstadt oder die Kollegen der Coca-Cola Abfüllung in Weimar sich über die Zahlen freuen? Sicher nicht, viele von ihnen haben in den letzten zwei Jahren ihren Job verloren.

Laut Medienberichten sind die Mieten Deutschlandweit seit 2016 um bis zu 6% angestiegen. In Ausgabe 15 schrieben wir, dass man im Mittel circa ein Drittel seines Einkommens für die geliehenen vier Wände ausgeben soll. Bürgerliche Statistiken bestätigen das. Durchschnittlich gehen bei den verschiedensten Menschen in Deutschland ca. 29% des Nettoeinkommens für die Miete ab.

Guckt man ein bisschen genauer hin sieht man, dass die Einkommen über 4.500 Euro netto nur 17% ihres Einkommens für das bloße Dahinwohnen ausgeben. Der Anteil dieser Einkommensklasse an der Gesamtbevölkerung sind jedoch nur 29%. Sieht man sich die Lage der tiefsten und breitesten Massen an, zeigt sich ein weitaus düsteres Bild. Die von einem eh schon schmalen Taler abgespeisten, mit einem Einkommen von unter 1.300 Netto bezahlen für ihre



oftmals absolut abgewohnten Buden immer noch durchschnittlich 46% ihres Einkommens. Ein besonderes Problem ist das für Familien mit Kindern. Denn auch die kommunalen Wohnungsunternehmen betrachten die möglichen Mieter rein von einem wirtschaftlichen Standpunkt. Da bekommt man selbst bei der KoWo in Erfurt als auch bei der Wohnstätte in Weimar, GWB in Gera oder JenaWohnen zu hören, dass man die Drei Raum Wohnung nicht bekommt, weil sie für eine Familie mit zwei Kindern zu klein ist. Die Vier Raum Bude kann man aber auch nicht besichtigen, da diese zu teuer sei. Der sorgende Vermieter scheint wohl doch am besten zu wissen, was man braucht.

Wohnst du noch oder lebst du schon

Von dem was übrig bleibt, wenn man fast die Hälfte seines Einkommens für die Miete ausgegeben hat, müssen die z.B. frisch rausgeworfenen Siemens- oder Cola-Arbeiter, um nur die zuletzt größer diskutierten Beispiele zu nennen, dann noch Essen, Strom und Internet bezahlen, die Zugkarte zu ihrer neuen Arbeitsstelle oder dem Amt berappen und ihren Kindern ein Mindestmaß an gesellschaftlicher Teilhabe ermöglichen. Für die eigenen Bedürfnisse, ein schönes Date im Restaurant oder auch schlicht eine durchzechte Nacht in der örtlichen Kaschemme bleibt da meist nichts übrig. Von Rücklagen für (noch) miesere Zeiten oder unvorhergesehene Reparaturen usw. ganz zu schweigen. Kann die Miete nicht gezahlt werden bedeutet das meist nach kurzer Zeit Kündigung. Aber in Deutschland muss ja angeblich niemand obdachlos sein. Ob die, die das sagen sich noch selber glauben (oder morgens in den Spiegel sehen und nicht kotzen müssen)? Mit Mietschulden keine Vorvermieterauskunft, ohne Vorvermieterauskunft keine Wohnung.

Immerhin hat die Bundesregierung nun versprochen, das Wohngeld zu erhöhen und auszuweiten. Dies käme 660.000 Haushalten zu Gute, 180.000 mehr als noch letztes Jahr. Der Staat sichert hier eine lukrative Einkommensquelle für die Wohnungsbesitzer und Vermieter. Es wurde ja hier bereits gezeigt wie viel des Erlöses des Verkaufs der eigenen Arbeitskraft fürs schlichte Wohnen und damit direkt in die schiere Reproduktion der eigenen Arbeitskraft fließt. Durch

Wohngeld und weitere Transferleistungen wird so schlussendlich der Profit der Wohnungseigentümer gesichert. Diese nutzen hier schlichtweg den Mangel ihrer Mitmenschen aus, die kein Wohneigentum haben, da sie nie das dafür nötige Kapital auf einmal zur Verfügung haben oder für die auf Grund ihres geringen Einkommens ein Kredit also der Ankauf der durch das Geld verkörperten abstrakten Zugriffsmacht auf Zeit. Dieser Mangel wird zum Profit für die Wohnungseigentümer, die ihnen für einen gewissen Zeitraum die Nutzungsrechte für Räumlichkeiten zur Verfügung stellen, die sie selbst privat gar nicht nutzen und teilweise im Fall von großen Wohnungskonzernen realistisch gar nicht nutzen könnten.

Vom Staat wird nun vermehrt der Bau von Sozialwohnungen gefordert. Deren Anzahl ist über die letzten Jahre stark gesunken. Seit 1990 um zwei Drittel auf 1 Million. Aber nicht etwa weil die Wohnungen abgerissen wurden. Der Staat beauftragt hier private Unternehmen mit dem sozialen Wohnungsbau. Nach einer gewissen Zeit, verlieren diese jedoch den Bestandsschutz und die Miete kann aufs marktübliche Niveau angehoben werden. Absolute Gewinnmaschinen und wie Christine Prayon in einer guten Folge der Satire-Sendung „Die Anstalt“ sagte: „asozialer Wohnungsbau“.

Genau diese Zustände sind nicht Fehler, sondern Kern der sogenannten „sozialen Marktwirtschaft“, des Wohnungsmarktes aber auch des „Grundrechts auf Eigentum“. Die Not der großen Masse der Menschen wird ausgenutzt, so dass einige wenige Profit machen. Vom Stadtrat bis zum Bundestag wird dieser Zustand gestützt. Indem man das Recht auf Eigentum schützt wirft man jene, die kein Eigentum haben den Eigentümern zum Fraß vor. Keine Unterschriftensammlung wird daran etwas ändern. Es ist nicht so, dass die die bisher davon profitieren morgen ihre soziale Ader entdecken werden. Die Solidarität im gemeinsamen Kampf der Mieter ist die Waffe, die den Sieg bringen wird. Dieses Mal sollen die Mieterinnen und Mieter in Erfurt gegeneinander ausgespielt werden, Mietende in anderen Städten waren vorher schon dran und weitere werden folgen. Die Mieter der KoWo und die Elternbeiräte gehen in Erfurt die ersten Schritte mit gutem Beispiel voran. •

„WIR IM QUARTIER“

Unter diesem Motto versucht der Konzern Vonovia seine Investitionen in den proletarischen Stadtteil Steilshoop als Dienst an die Bewohner zu verkaufen. Steilshoop ist ein Stadtteil in Hamburg, der in den letzten Jahren in der bürgerlichen Presse in Verruf geraten ist, aufgrund von einer hohen Kriminalitätsrate und hoher Arbeitslosigkeit. Dieser Stadtteil wird nun, Stück für Stück, wie der gesamte Hamburger Osten, aufgewertet, das heißt im Sinne der herrschenden Klasse verschönert und verteuert. Nichts, was „uns im Quartier“ dient, sondern was es uns immer schwieriger macht, den Kopf über Wasser zu halten.

Diese Investitionen dienen nur dazu, noch mehr Geld in Vonovias Taschen zu spülen. Insgesamt gehören 2.066 Wohnungen in Steilshoop zum Bestand der Vonovia. Das Unternehmen verdient an den Mieten, insbesondere an den Vermietung von besonders günstigen Wohnungen, an (ehemaligen) Sozialbauwohnungen. Diese werden dann fleißig saniert, um noch mehr Profit aus der Arbeiterklasse herauszupressen, bis sich die Klasse ihr Leben nicht mehr leisten kann. Nicht nur in Steilshoop, sondern im ganzen Land. Das Unternehmen profitiert direkt an den tiefsten und breitesten Massen. Nachdem 40 Jahre lang durch die Vorbesitzer nicht das geringste an den Wohnblöcken gemacht wurde, wird jetzt, nachdem Vonovia diese gekauft hat, fleißig saniert - egal ob sich die Mieter die teureren Mieten danach noch leisten können. „Nachhaltige Quartiersentwicklung“ bedeutet für die Unternehmen nachhaltig zu profitieren, indem sie Geld investieren, um daraus noch mehr Profite zu machen.

Dabei feiert das Unternehmen sich dafür, „nur“ die Modernisierungskosten auf die Mieter umzulegen und auch „Härtefallanträge“ zu berücksichtigen. Das bedeutet, es gibt Mieter („Härtefälle“) bei denen die vom Konzern verursachte Mieterhöhung nicht etwa erlassen, sondern reduziert wird, damit diese überhaupt noch in der Lage sind, ihre Miete zu zahlen. So wie die ehemaligen Vermieter es mit den Wohnungen gemacht haben, hat auch der Investor des angrenzenden Einkaufszentrums gemacht: Erst wird das Gebäude heruntergewirtschaftet, dann auf den günstigsten Moment gewartet, es wieder teurer zu verkaufen. Dieser bietet sich bald

mit der angekündigten U5-Strecke an. Über dem Einkaufszentrum gibt es auch Wohnungen, die ebenso heruntergekommen sind und aus bestehenden Vermietungen werden trotzdem Profite gemacht, aber nicht wieder investiert. Stattdessen schlägt die Bezirksversammlung vor, dass über dem Einkaufszentrum ein Studentenwohnheim entstehen soll und die jetzigen Mieter in die Neubauten umgesiedelt werden, die in der „Rahmenplanung Steilshoop Nord“ vorgesehen sind.

Eine neue U-Bahn Strecke und Neubauten: Das alles passiert vor dem Hintergrund der „Aufwertungspläne“ der Stadt Hamburg des gesamten Hamburger Ostens. Selbstverständlich ohne dass die Bewohner dieser Stadtteile irgendetwas dazu zu sagen hätten. Nicht nur die Neubauten, auch eine verbesserte Infrastruktur - wie in Horn durch den Ausbau der U4 - sollen anderes, besser zahlendes Klientel anlocken. Das sorgt schlussendlich dafür, dass die Mieten noch weiter angehoben werden, als jetzt schon und das Proletariat Stück für Stück aus dem Viertel vertrieben wird. Was also mit dem Stadtteil passiert, liegt in der Hand der Investoren und Unternehmen. Und die entscheiden danach, was sich am meisten lohnt, um mehr Geld zu verdienen und nicht danach was „wir im Quartier“ brauchen, was das Proletariat braucht, und das ist zunächst einmal bezahlbarer Wohnraum.

Der Anschein, dass diese „Stadtteilentwicklungsprojekte“ Projekte etwas für uns seien, wird auch durch die sozialen Projekte und Bürgerinitiativen befördert, die beispielsweise bei der Forderung nach etwas mehr Bürgerbeteiligung stehen bleiben und völlig die Ursachen für die Profitgier und die Unterstützung der Stadt dessen außer Acht lassen. Vonovia beispielsweise lobt diese sozialen Projekte in dem Stadtteil auf ihrer Website in den Himmel. Denn schlussendlich sorgen diese Projekte durch ihre Zusammenarbeit mit den Investoren dafür, dass die Ausbeutung noch reibungsloser funktioniert, indem sie den Wunsch nach echter Entscheidungsgewalt des Volkes verwässern. Für diese von der Stadt geförderten Projekte ist auch die Forderung nach der Zulassung von Eigentumswohnungen eine „Verbesserung des Stadtteils“, weil sie für eine „bessere soziale Mischung

der Schichten“ sorgen. Die Stadt lobt sich derweilen nach kleineren „Aufwertungs“-Projekten selbst für die hervorragende Zusammenarbeit zwischen den sozialen Projekten, privaten Investoren und den stadteigenen Projekten. Der Bezirksamtsleiter Thomas Ritzenhoff fügt hinzu: *„Die Umgestaltung der Mittelachse und des neuen Quartiersplatzes war ein gutes Lernfeld, wie die verschiedenen Interessen zu einem guten Ergebnis geführt werden können. Hier hat die private Initiative das Rahmenprogramm Integrierte Stadtteilentwicklung (RISE) der Stadt gut ergänzt.“*

Die Klasseninteressen werden versöhnt und die Massen vorübergehend ruhig gestellt. Den Massen wird vorgegaukelt, dass ja etwas für sie getan wird, dass bei den ganzen Planung „auch an sie gedacht wird“. Doch während das Proletariat jetzt schon kaum den Kopf über Wasser halten kann, versucht die Bourgeoisie mit ihren Investitionen immer mehr Profite zu machen, immer mehr an der

Ausbeutung der Arbeitskraft und Vermietung von den Wohnungen zu verdienen.

Überall ist es dasselbe: die Ausgebeuteten und Unterdrückten haben sich dem zu beugen, was die Bourgeoisie ihnen diktiert. Wenn der Imperialismus herrscht, stehen die Profite der herrschenden Klasse immer an erster Stelle; wenn der Imperialismus herrscht, herrscht nicht das Volk, egal wie sehr die Bourgeoisie ihre Diktatur als „echte Demokratie“ ausgeben, in dem sie ständig von „Bürgerbeteiligung“ sprechen. Wir müssen uns dagegen im Viertel organisieren und unsern Kampf gegen Ausbeutung und Überdrückung in unserem Viertel voranbringen! Die Politiker werden uns nicht zur Hilfe kommen, sie werden uns keine Lösungen bieten können, denn sie haben selbst ein Interesse an ihrer „Aufwertung“. Wir müssen dafür kämpfen, dass wir tatsächlich selbst entscheiden können, was in unserem Viertel passiert! •



Das Einkaufszentrum in Steilshoop

DER KAMPF UM DIE POSTEN DER EU

Im vergangenen Monat wurde viel um die hohen Posten innerhalb der Europäischen Union geschachert. Womit wir uns in dieser Ausgabe besonders befassen wollen ist die Übernahme des Präsidenschaftspostens der Europäischen Kommission durch die ehemalige Verteidigungsministerin, Ursula von der Leyen. Den Posten der Verteidigungsministerin wird dafür die Vorsitzende der CDU, Annegret Kramp-Karrenbauer übernehmen. Klar ist, dass wir, dass unsere Klasse und das ganze Volk, von dem parlamentarischen Theater nichts zu erwarten haben. Entsprechend könnte es uns bis zu einem gewissen Grad auch egal sein, welches Schwein jetzt welchen Posten bekommt. Aber es lohnt sich genauer hin zu schauen, wenn eine deutsche Politikerin die Geschicke der EU an höchster Stelle lenkt. Besonders in einem Moment, in dem der deutsche Imperialismus immer weiter versucht seine Vormachtstellung in der Welt auszubauen und auf dem Weg ist sich zu einer imperialistischen Supermacht zu entwickeln, ist das kein Zufall.

Und auch die Entwicklung, dass ausgerechnet Kramp-Karrenbauer an entscheidender Stelle für das deutsche Militärwesen stehen will, sollte stutzig machen. Wir erinnern uns, das ist die gleiche Frau die kurz nach der Europawahl die Meinungsfreiheit im Internet einschränken wollte, weil der Youtuber Rezo insbesondere die Politik der Unionsparteien kritisierte. Selbst der Deutsche Journalisten-Verband (DJV) warf ihr in diesem Zusammenhang vor, dass sie mit ihren Forderungen das Recht auf freie Meinungsäußerung in Frage stelle. Und auch den Tod des CDU-Politikers Walter Lübcke nutzte sie um das – ohnehin sehr begrenzte – Recht auf Anonymität im Internet infrage zu stellen. Beides passt sehr gut in die allgemeine Tendenz des deutschen Imperialismus zu mehr Überwachung, mehr Einmischung in die Angelegenheiten anderer Staaten, mehr Ausbeutung, mehr Unterdrückung.

Die Europäische Kommission

Jetzt aber zu Von der Leyen und ihrer neuen Rolle innerhalb der Europäischen Kommission. Die Kommission ist so etwas wie die „Regierung“ der EU.

Jedes Land sendet einen Vertreter (EU-Kommissar genannt). Diese Kommissare haben verschiedene Aufgaben. Sie sollen über die Einhaltung von Verträgen und Beschlüssen wachen, neue Gesetze vorschlagen (welche vom EU-Parlament angenommen werden müssen). Sie sorgen darüber hinaus für die regelkonforme Einhaltung von Gesetzen (mit Unterstützung des Europäischen Gerichtshofes), verwalten die Finanzen der EU und vertreten die EU außerhalb Europas. Zumindest in der Theorie sollen sie im Sinne der gesamten EU handeln, nicht im Sinne des eigenen Landes. Wobei die Interessen der EU und die des deutschen Imperialismus in der Regel in eins fallen. Denn die EU ist ein Mittel hauptsächlich für den deutschen Imperialismus, aber auch anderen imperialistischen Ländern der EU, um konkurrenzfähig zum US-Imperialismus zu werden. Und da die EU von Deutschland dominiert wird, ist sie ein Mittel des deutschen Imperialismus innerhalb der Konkurrenz auf Weltebene deutsche Interessen besser durchzusetzen. Dem müssen sich in der Regel die anderen EU-Staaten beugen.

Die eigenen Prioritäten fasst die Europäische Kommission auf ihrer Website sehr anschaulich, wenn auch verklausuliert, zusammen. Es lesen sich schöne Schlagwörter wie *„Beschäftigung, Wachstum und Investition“* oder *„durch eine ausgewogene und fortschrittliche Handelspolitik die Globalisierung meistern“*. Was sie wollen ist ihre Allianz der Imperialisten ausbauen. Sie wollen nicht, dass Menschen Arbeit haben. Sie wollen, dass die Kapitalisten möglichst grenzenlos Profite in Europa machen können. Und so schreiben sie sich die *„Beseitigung von Investitionshemmnissen“* auf die Fahne. Und Investitionshemmnisse, das sind beispielsweise die hart erkämpften Rechte der Arbeiter. Sie reden von Umweltschutz und Wahrung der Grundrechte, während sie unter dem Vorwand der *„Bekämpfung des Terrorismus“* immer weiter die Grundrechte einschränken und europaweit Ermittlungen anstellen wie bspw. im Rahmen der Öffentlichkeitsfahndung gegen die kämpferischen Massen, die während des G20-Gipfels in Hamburg gekämpft haben. Sie reden von *„Energieunion und Klimaschutz“* und wollen eigentlich nur in

Energiefragen unabhängiger von den imperialistischen Supermächten USA und Russland werden. Sie sprechen auch vom Leid „Tausender von Migrant*innen, die bei der Überfahrt über das Mittelmeer ihr Leben aufs Spiel setzen“ und tun so als wäre es nicht genau die EU, die mit ihren Grenzschutzeinheiten Flüchtlinge ermorden. Und an anderer Stelle drücken sie sich etwas deutlicher aus. Sie wollen „mehr Gewicht auf der internationalen Bühne“ und eine „starke gemeinsame Außenpolitik“ um „wirksam auf weltweite Bedrohungen und die Krisen in ihrer Nachbarschaft reagieren zu können. Ihre Werte zu vermitteln. [...] zu Frieden und Wohlstand in der Welt beizutragen“. Was im Klartext heißt mehr Einmischung der EU überall dort wo sie eine Gefahr für die imperialistische Weltordnung und ihre Interessen sehen.

Als Präsidentin der Europäischen Kommission wird Von der Leyen in Zukunft 24.422,80 Euro im Monat erhalten. Damit noch einmal mehr als die anderen EU-Kommissare. Hinzu kommt noch die Residenzzulage von 15 % des Grundgehalts sowie eine Aufwandsentschädigung von 1418,07 Euro im Monat. Das ist deutlich mehr als ein Jahresgehalt eines einfachen Arbeiters. Aber für die Bonzen in der Politik ist natürlich kein Preis zu hoch. Schließlich tragen sie ja auch sehr viel Verantwortung. Verantwortung dafür Ausbeutung und Unterdrückung weiterbestehen zu lassen und – im Falle von Frau Von der Leyen – die Interessen des deutschen Imperialismus jetzt auf höchster Ebene durchzusetzen.

Ihre Antrittsrede

In ihrer Antrittsrede gibt sie sich so, wie es Politiker immer tun. Sie hat viel Verständnis für alle Sorgen. Die Frauen, die Alten, die Kinder, die kleinen und mittleren Unternehmen, die Ausländer, die kleineren Staaten, die Umweltschützer. Jedem wird etwas versprochen, für alle hat sie eine Lösung parat, wenn sie nur endlich Präsidentin der Kommission ist. Doch zwischen den weichgespülten, immer gleichen Phrasen verstecken sich einige politische Einschätzungen.

Sie spricht darüber, dass viele Menschen das Gefühl haben die Kontrolle zu verlieren und unter diesem System leiden „Ob es die finnischen Weizenbauern die durch die Dürre betroffen sind [...] oder der Arbeiter in

Polen, der sich nach 20 Jahren im Job weiterbilden muss um überhaupt seine Arbeit zu behalten.“ Aber was für uns in diesem Moment wichtiger ist, sie spricht auch darüber, dass die Politiker keinen Draht mehr zu den Menschen haben, dass sie die „Verbindung zu den Communitys verlieren“ und dass das Vertrauen in die Politik überall sinkt. Sie spricht auch über die Konkurrenz aus China und den USA, denen sie unfaire Geschäftsmethoden und Protektionismus vorwirft und sagt an sie gerichtet „Wir wollen Multilateralismus, wir wollen fairen Handel, wir verteidigen die Regel basierte Ordnung weil wir wissen, dass es besser für uns alle ist. Wir müssen es auf dem europäischen Weg machen.“ Und von da macht sie immer wieder deutlich, dass sich Deutschland mithilfe der EU weiter unabhängig von den USA machen will. So wirbt sie für Einheit nach innen und betont, „Wenn wir nach innen vereint sind wird uns niemand von außen trennen können“ und droht den amerikanischen Monopolkonzernen, die bisher quasi keine Steuern in der EU zahlen. Dafür spricht auch der Vorstoß Deutschlands eine eigene Mission gegen den Iran unabhängig von den USA zu machen. An anderer Stelle wird die Militarisierung der EU und ihre militärischen Interessen noch einmal deutlicher. So fordert sie mindestens 10.000 stehende Frontex Grenzsoldaten bis spätestens 2024 und will weitere Abkommen schließen um Flüchtlinge direkt in den Transitländern abfangen zu lassen. Das nennt sich dann „Fluchtursachen bekämpfen“. An das Ende stellen wir einfach ein Zitat, von dem wir glauben, dass man eigentlich nichts mehr dazu sagen muss, außer vielleicht: Am deutschen, ähh europäischen Wesen, soll die Welt genesen. „Ich werde niemals die Worte des ehemaligen irakischen Präsidenten Massum vergessen, der gesagt hat „wir wollen mehr Europa hier“. Die Welt ruft nach mehr Europa in der Welt, die Welt braucht mehr Europa. Ich glaube Europa sollte eine stärkere und vereintere Stimme in der Welt haben und es muss schnell handeln.“ •

INDIEN: GENOSSE AJITH IST FREI!

In der Vergangenheit wurde auch in der Roten Post immer wieder über den Volkskrieg in Indien und die politischen Gefangenen vor Ort berichtet. Wir freuen uns in dieser Ausgabe berichten zu können, dass der indische Revolutionär Genosse Ajith auf Kautionsfreiheit gekommen ist. Genosse Ajith hat viel Erfahrung mit der Repression des bürgerlichen Staates gesammelt. Bereits 1976 wurde er von einer Spezialeinheit im Bundesstaat Kerala festgenommen. Vorgeworfen wurde ihm die Beteiligung an einem Angriff auf eine Polizeikaserne. Daraufhin wurde er in den berüchtigten Folterknast Kakkayan eingesperrt. Seit dem kämpfte der Genosse über vier Jahrzehnte großteils als professioneller Revolutionär. Er verfasste mindestens fünf Bücher, kämpfte gegen viele antimarxistische Strömungen, beteiligte sich trotz des extrem großen Drucks der Reaktion beim Aufbau internationaler Strukturen und leistete durch seine Übersetzungsarbeit wichtige Beiträge für die Revolutionäre und Antiimperialisten in der ganzen Welt. Dabei stand immer fest auf der Seite der am meisten Ausgebeuteten und Unterdrückten.

Der alte indische Staat stuft ihn als zentrale Führungsfigur der Kommunistischen Partei Indiens (Maoistisch) ein, weswegen er am 9. Mai 2015 erneut verhaftet wurde. Die Polizei fand ihn in einer konspirativ angemieteten Wohnung in Pune, ausgestattet mit falschen Ausweispapieren. Er wurde unter dem Gummiparagraphen des „Gesetzes zur Verhinderung ungesetzlicher Aktivitäten“ festgenommen und eingesperrt. Ein Paragraph, nach dem Menschen ohne irgendeinen konkreten Grund verhaftet werden können. Einfach der Verdacht, dass sie in Zukunft etwas ungesetzliches tun könnten reicht, um sie fast unbegrenzt einzusperren, ohne dass irgendwelche Beweise gegen sie vorliegen müssen. Ajiths Gesuche auf Kautionsfreiheit wurden immer wieder abgelehnt.

Doch diese Inhaftierung löste eine internationale Welle der Solidarität mit Genossen Ajith und dem Volkskrieg in Indien aus. Auf der ganzen Welt fanden Aktionen statt, die sich für seine Freilassung einsetzten und zur Unterstützung des Volkskriegs in Indien aufriefen. Auch unter den harten Bedingungen der Haft wurde Genosse Ajith nicht gebrochen und

fand sogar Methoden und Wege, um eine zuvor begonnene Übersetzungsarbeit abzuschließen. Das alles, obwohl sich der Gesundheitszustand des Genossen Ajith, der schon einige Jahre zuvor eine Herzoperation hatte, unter den Bedingungen der Haft massiv verschlechterte und ihm keine medizinische Versorgung zur Verfügung gestellt wurde.

Jetzt hat die internationale Solidaritätskampagne scheinbar Wirkung gezeigt und der alte indische Staat sah sich genötigt Zugeständnisse zu machen und den Genossen auf Kautionsfreiheit zu lassen. Der Genosse wird sicherlich seine neugewonnene Freiheit nutzen, um alles in seiner Macht stehende zu tun, um die Revolution in Indien im Dienste der Weltrevolution voranzubringen. Doch trotzdem muss klar sein, dass die Reaktion ihre Spielchen spielt. Schon oft haben sie Genossen kurzzeitig aus der Haft entlassen, nur um sich kurz darauf unter fadenscheinigen Begründungen wieder einzusperren, um so den Druck noch zu erhöhen. Wirkliche Freiheit wird Genosse Ajith und das gesamte indische Volk nur durch die neudemokratische Revolution und die darauf folgende Diktatur des Proletariats erlangen. Nur wenn die Ausgebeuteten und Unterdrückten die Macht in den Händen halten und nicht mehr die Unterdrücker und Ausbeuter gibt es eine Zukunft für das Volk. •



GENERALSTREIK IN ECUADOR

Vom 16. bis zum 19. Juli fand in Ecuador ein landesweiter Streik statt. Ein breites Bündnis von Organisationen der Indigenen, Gewerkschaften und Bauernverbänden ging im ganzen Land auf die Straße, um gegen die korrupten Politiker und die Wirtschaftspolitik des „linken“ Präsidenten Lenin Moreno zu demonstrieren. Die Gründe für den Streik liegen auf der Hand, Ecuador steckt in einer tiefen politischen und ökonomischen Krise. Über den Internationalen Währungsfond (IWF) und die Weltbank, die fest in der Hand der US-Imperialisten stecken, werden Ecuador aktuell umfassende Reformen aufgezwungen. Diese Reformen haben drastische Auswirkungen auf die Lebensbedingungen des ecuadorianischen Volkes. Benzin- und Strompreise sind in die Höhe geschossen, tausende Arbeiter im Gesundheits- und Bildungsbereich sind gefeuert worden und auch die Geldmittel wurden für diese Bereiche massiv gekürzt. Hinzu kommt die Flexibilisierung der 40-Stunden-Woche. Dies bedeutet nicht nur die faktische Auflösung des Acht-Stunden-Tages (die tägliche Regelarbeitszeit wird von acht auf zwölf Stunden erhöht), sondern bedeutet auch den Wegfall der Wochenendzuschläge durch die Aufteilung der Regelarbeitstage auf die gesamte Woche. Das ist besonders hart, da die Wochenendzuschläge in Höhe von 100 Prozent des Stundenlohns für alle Beschäftigten im Land galten. Auch Entschädigungszahlungen bei Kündigungen und Zuschläge zum Grundgehalt bei befristeten Arbeitsverträgen sollen gestrichen werden. Denn wie die Ausbeuter, die in Ecuador fette Gewinne einfahren, verlauten lassen, wirken sich all diese, von der Arbeiterklasse erkämpften Rechte, „negativ auf das Geschäfts- und Investitionsklima Ecuadors aus“. Offiziell wird Ecuador natürlich zu nichts gezwungen. Der IWF hat dem hoch verschuldeten Land lediglich ein Kreditvolumen von 4,2 Milliarden US-Dollar für die nächsten drei Jahre zugesagt und dafür im Gegenzug entsprechende „Strukturanpassungen“ gefordert. Ähnlich das Vorgehen der Weltbank, mit der Ecuador nun wieder „zusammenarbeitet“.

Zu dem ökonomischen Druck gibt es einen weiteren Grund für den Streik. Einen Deal, den die ecuadorianischen Politiker mit den US-Imperialisten gemacht

haben. Dieser erlaubt es den US-Imperialisten eine Militärbasis auf den Gallapagosinseln zu bauen. Dies wird nicht nur ökologische Probleme mit sich bringen, sondern auch die Überwachung und Kontrolle Lateinamerikas durch die USA verstärken. Dies bringt natürlich auch viele Leute auf die Straße, die nicht wollen, dass ihr Land zum direkten Außenposten der Imperialisten wird. Und diese gerechtfertigte Wut über die Politiker, die das Land verkaufen, versuchen den Arbeitern ihre hart erkämpften Rechte zu nehmen und den Reichen dienen, brach sich in Ecuador Bahn. Überall gingen Menschen auf die Straße, 40 große Straßen wurden blockiert (darunter mehrere Nationalstraßen in Quito und Manabi) und zeitweise sogar die internationale Brücke Rumichacha, die Ecuador mit Kolumbien verbindet. Doch nicht nur das, auch in den USA wurde protestiert. Die Ecuadorianer, die in New York, New Jersey und Connecticut leben, zogen vor den Sitz des IWF im Zentrum von Manhattan und unterstützten so die Kämpfe in ihrem Heimatland. Dieser Streik ist einer von vielen Kämpfen, die in den letzten Wochen und Monaten in ganz Lateinamerika stattfanden. Wir erinnern z.B. an den Generalstreik in Brasilien über den in der letzten Roten Post berichtet wurde, oder die Kämpfe der Bauern gegen die geplante Kupfermine in Arequipa, Peru.

Diese Kämpfe zeigen, dass die US-Imperialisten keine Ruhe in ihrem selbsternannten „Hinterhof“ bekommen. Sie versuchen immer weiter ihre Präsenz in Lateinamerika zu verstärken und die Lage unter Kontrolle zu bringen und das können sie nur tun, indem sie die Ausbeutung und Unterdrückung verschärfen. Was dazu führt, dass die Wut und die Organisierung der Massen immer weiter zunimmt. Die massenhafte Beteiligung an dem Generalstreik in Ecuador zeigt, dass die Arbeiter wissen, dass sie nichts zu verlieren haben außer ihre Ketten. •

ADEL B. - DAS WAR MORD!

Wie im Editorial bereits angekündigt, veröffentlichen wir an dieser Stelle einen Gastbeitrag aus Essen, der uns zugesandt wurde.

Am 08. August fand in Essen-Altendorf eine Demonstration zu Gedenken an Adel B. statt. Ich kenne die Rote Post schon länger, habe sie in Altendorf auf der Straße kaufen können und bin der Meinung, dass Adels Mord hier unbedingt ein Thema sein muss. Vor der Demonstration gab es in den bürgerlichen Medien bereits viel Berichterstattung über den Vorfall. Die Polizei hat am 18. Juni Adel B. mitten in seinem Hausflur erschossen. Die Polizei sagte, es sei Notwehr gewesen, denn Adel B. wäre mit einem Messer auf sie losgegangen. Doch etwa einen Monat später sind zwei Videos aufgetaucht, die etwas anderes zeigen. Adel B. stand im Hausflur und hat die Tür von innen zugehalten. Zwei Polizisten rannten auf die Tür los und versuchten sie aufzudrücken. Der dritte Polizist hat durch die geschlossene Tür (mit Glasscheibe) geschossen und Adel B. in die Brust getroffen. Adel B. ist noch im Hausflur

gestorben. Ermordet vom deutschen Staat. Im Viertel erzählt man sich und das ist einstimmig, dass die Bullen einen Nachbar, der als Rettungssanitäter arbeitet, weggeschickt haben. Adel B. soll eine Gefahr gewesen sein, doch er hat NIE jemanden verletzt oder angegriffen. Er hat das Messer immer nur gegen sich selbst gerichtet. Doch die Bullen hatten angeblich keine andere Möglichkeit als zu schießen. Doch ich weiß auch, dass die Bullen oft Migranten erschießen. Adel B. ist leider kein Einzelfall.

Vor zwei Jahren wurde in Essen ein Mann aus Eritrea erschossen. Mike hieß er. Die Bullen sagten dasselbe wie bei Adel. Als Migrant hast du hier schlechte Karten und jetzt knallen sie uns auch noch ab. Wir werden von ihnen auseinander gerissen und gespalten. Wir sollen nicht gemeinsam kämpfen. Deshalb wurde Adel B. auch anfangs als der verrückte muslimische Messermann dargestellt. Doch die Presse musste zurückrudern, nachdem diese Lügen Stück für Stück als das entlarvt wurden was sie sind und das Viertel anfang sich zu wehren.



Ein Handyvideo zeigt Adels Wortgefecht mit den Polizisten.



Ein weiteres Handyvideo beweist den kaltblütigen Mord an Adel und widerlegt die Version der Polizei

Man hörte in Gesprächen, dass einige Unterstützer der Demonstration und Angehörigen von Adel von den Bullen schikaniert wurden. Aus einer angeblichen „Ordnungswidrigkeit“ beim Flugblattverteilen wurde eine Kontrolle von zwei Stunden mit insgesamt drei Streifenwagen und einem Telefonat mit dem Staatsschutz. Was man aber auch hörte war die Stimmung der Nachbarn. Bei der Kontrolle durch die Bullen haben Nachbarn das Lied „Fuck the Police“ aus einem Fenster gespielt. Das zeigt auch, wie die Stimmung hier im Viertel ist.

Auch die Demo war sehr kämpferisch. Am Anfang hielten alle eine Schweigeminute ab. Einige erhoben ihre Faust. Die Demo lief einmal durch das ganze Viertel und viele Leute haben sich spontan angeschlossen. Es waren einige Leute aus dem Viertel da, die man kannte und noch mehr die man nicht kannte. Bei den Reden haben nochmal viele Leute aus dem Fenster zugehört. Die Leute waren wütend und haben ihrer Wut Luft gemacht. Der Ruf nach Gerechtigkeit war allgegenwärtig. Dieser Ruf machte sich in Parolen wie „Wir fordern Gerechtigkeit für Adel!“ oder „Das wahre Gesicht ihrer Demokratie – Massenmörder das sind sie!“ bemerkbar. Neben den kraftvollen Parolen

wurden auch sehr viele gute Reden gehalten. Eine Rede hat mich besonders beeindruckt. Sie hat viele Sachen angesprochen, die ich teile. Es wurde gesagt, dass unsere Viertel von den Bullen immer mehr besetzt werden und wir immer mehr von den Bullen schikaniert werden und dass wir in Deutsche und Migranten und Muslime und Christen gespalten werden, was es den Herrschenden erleichtert uns weiter zu unterdrücken. Und auf der Demo konnte ich sehen, dass sie zumindest an diesem Tag in Altendorf keinen Erfolg damit haben. Migranten und Deutsche haben zusammen gegen das Unrecht gekämpft und würdevoll an Adels Tod gedacht. Eine weitere Rede, die auffiel, war von der „Initiative Oury Jalloh“ gehalten worden. Die Redner haben den Mord an Oury Jalloh und die Vertuschungsversuche seitens des deutschen Staates denunziert. Nur in einen Moment wurde diese kämpferische Demo gestört, als ein Faschistenschwein seine Reichskriegsfahne aus dem Fenster rollte und versuchte die Demo zu provozieren, doch alle standen geschlossen zusammen und haben seine Tat mit wütenden Rufen bestraft. Alle riefen kollektiv „Faschisten raus aus Altendorf!“. Der Nazi musste sich schnell zurückziehen. Die Bullen hatten es wie immer nicht für



nötig befunden ihn zu stoppen. Allgemein hatte die Demo einen Charakter, den ich schon lange nicht mehr gesehen habe. Selbst die Mutter, die anfangs gegen die Demonstration war, hat sich gemeldet und diesen Kampf unterstützt, sie hielt über Smartphone eine sehr bewegende Rede. Am Ende der Rede gab es erneut eine Schweigeminute und nun haben sehr viele ihre Faust erhoben, anschließend gab es einen kollektiven Ruf bei dem alle zusammen „Wir sind Adel B.“ gerufen haben. Es war für alle Beteiligten ein sehr emotionaler Moment. Es waren Mütter mit ihren Kindern, Anwohner und Fremde auf der Straße, die alle gemeinsam für Gerechtigkeit gekämpft haben. Sie alle haben den Vorfall als das denunziert was er war: Mord. Viele Leute kannten Adel persönlich, viele aber auch nicht.

Ich kannte ihn auch nicht, aber alles was man hört, lässt nur einen Schluss zu. Adel B. war ein herzensguter Mensch, als Stiefvater hat er sich um die vier Kinder seiner Verlobten gekümmert wie um seine eigenen. Er war Jugendtrainer in einem Fußballverein. Doch was alle gesagt haben war, dass er alle Leute zum Lachen gebracht hat. Sein Lachen soll ansteckend gewesen sein.

Die Menschen aus Altendorf fangen an zu kämpfen und wehren sich gegen diesen Staat, der uns alle unterdrückt. Das ist gut so, wenn wir nicht wollen, dass der deutsche Staat und seine Bullen uns weiter so behandeln und abknallen, müssen wir, die Arbeiterklasse, uns vereinigen und diesen Kampf zu Ende führen. Adel B. lebt in unserem Kampf weiter, deshalb forderten wir auch alle:

Gerechtigkeit für Adel und allen anderen vom deutschen Staat ermordeten Migranten, sowie die volle Aufklärung des Falls und die Verurteilung des Todesschützen.

Für eine vollständige und umfassende Aufklärung des Falles von Adel B. und eine Verurteilung der Täter!

Stoppt die Polizeischikane gegen die Arbeiterklasse, insbesondere gegen die migrantischen Arbeiter! •



Schweigeminute für Adel auf der Demonstration

FRAUEN AN DIE MACHT?!

Für eine ganze Menge Leute scheint es nichts wichtigeres zu geben als Führungspositionen mit Frauen zu besetzen. Und offensichtlich haben sie Erfolg damit. Mit Angela Merkel ist eine Frau Bundeskanzlerin, ihre Nachfolgerin als Parteivorsitzende der CDU hat mit Annegret Kramp-Karrenbauer auch eine Frau angetreten und auch die SPD stellte mit Andrea Nahles zuletzt eine Frau an die Spitze der Partei. Doch wem nützt das? Wie in dem Artikel „Kampf um die Posten in der EU“ gezeigt wird, dient die Ernennung von Ursula von der Leyen sicherlich dem deutschen Imperialismus, aber garantiert nicht den Frauen. Hierzu sind einige Sachen klarzustellen.



In dieser Gesellschaft wird dem Geschlecht eine hohe Bedeutung beigemessen. Und in dieser Gesellschaft haben die Frauen tatsächlich eine andere Rolle, weil sie doppelt unterdrückt werden, sowohl vom Imperialismus als auch vom Patriarchat. Aber das heißt nicht, dass alle Frauen gleich unterdrückt sind. Die Klasse trennt die Menschen mehr als das Geschlecht. Und entsprechend vertreten auch die Frauen einen Klassenstandpunkt, können fortschrittlich oder reaktionär sein. Auch wenn sie alle vom Patriarchat unterdrückt werden. Alle möglichen Leute, denen die Emanzipation der Frauen eigentlich herzlich egal ist, wie z.B. die Bundesregierung, bemühen sich darum Frauen besser in den Arbeitsmarkt und dort in hohe Positionen zu bringen. Das hat verschiedene Gründe. Zum einen wollen sie einfach dass der Wirtschaft alle potenziellen Arbeitskräfte zur Verfügung stehen und das Kapital kann es sich nicht leisten die Hälfte der Menschheit nicht auszubeuten. Entsprechend haben

patriarchale Vorurteile einen negativen Effekt, weil in Unternehmen nicht einfach die „Besten für den Job“ genommen werden. Zum anderen schaffen die Herrschenden eine Illusion. Die Illusion, sie könnten in diesem System tatsächlich Gleichheit zwischen Männern und Frauen herstellen. Dazu wird es aber nicht kommen, weil das Patriarchat seine Grundlage im Privateigentum hat und wir das Patriarchat nur zerschlagen können wenn wir den Imperialismus zerschlagen.

Es gibt aber auch noch andere Gründe und Begründungen für die Sorge um Frauen in Führungspositionen. Besonders unter bürgerlichen Feministinnen wird dieser Frage extreme Bedeutung beigemessen. Frauen der Bourgeoisie sollen proletarische Frauen ausbeuten, Frauen im Militär sollen genau so für den deutschen Imperialismus töten dürfen und Frauen sollen auch an oberster Stelle in der Politik die deutschen Interessen stark machen. Dies wird dann häufig damit begründet, dass Frauen einen ganz anderen „Stil“ hätten als Männer. Überlegter, friedlicher, vorsichtiger oder einfach „weiblicher“. Diese Idee geht davon aus Frauen hätten eine besondere Natur. Nicht nur haben die Frauen keine weibliche Natur, sondern der Mensch hat überhaupt kein natürliches Wesen, getrennt von der ihn umgebenden Umwelt. Der Mensch existiert nur unter gesellschaftlichen Bedingungen und wird entscheidend von ihnen geprägt. Sein gesellschaftliches Sein bestimmt sein Bewusstsein. An eine, über der materiellen Realität existierende, Menschennatur zu glauben ist nichts anderes als Idealismus. Und schauen wir uns doch die Ergebnisse der Frauen in der Politik an. Was hat Frau Von der Leyen nicht alles erreicht? Tornadoeinsatz in Syrien, immer weitere Erhöhung des Bundeswehretats, Fortsetzung der Auslandseinsätze wie z.B. in Mali. Oder Merkel, die verantwortlich ist für die massiven Kürzungen in Ländern wie Griechenland. Eine Verbesserung der Situation aller proletarischer Frauen, die arbeiten, den Haushalt schmeißen und nebenbei die Kinder versorgen, können sie allerdings nicht verzeichnen. Und das werden sie auch nie. •

DER KLEINE SCHWARZE FISCH - EINE PERSISCHE FABEL

In dieser Ausgabe der Roten Post wollen wir die Geschichte „Der kleine schwarze Fisch“ des iranischen Schriftstellers Samad Behrangi vorstellen. Behrangi wuchs in ärmlichen Verhältnissen in Täbris, der Hauptstadt von Ost-Aserbaidschan, auf. Mit 16 Jahren begann er eine Ausbildung als Lehrer und bereits mit 18 Jahren fing er an in Dorfschulen zu unterrichten. Parallel dazu studierte er Englisch und begann Geschichten zu schreiben. Eine seiner bekanntesten Geschichten, welche vor allem im persischen Sprachraum weiter Verbreitung fand, ist „Der kleine schwarze Fisch“. Die Geschichte vermittelt eine klare Botschaft, besonders an jüngere Leser: Man muss kämpfen um etwas zu verändern! Mit seinen Metaphern kritisierte er mal mehr mal weniger eindeutig das imperialistische System und das Regime im Iran. Doch sein Leben und schaffen fand mit nur 28 Jahren ein frühes Ende. Er starb in den Bergen in der Nähe der sowjetischen Grenze. Er war unterwegs um aserbajdschanische Volkssagen zu sammeln und verunglückte laut offiziellen Berichten. Höchstwahrscheinlich war die iranische Geheimpolizei SAVAK in seinen Tod involviert. Lest hier einen von uns ausgewählten Auszug aus seiner Geschichte:

Unser kleiner Fisch wartete, bis die Ziegen und Schafe ihren Durst gelöscht und sich entfernt hatten, dann schwamm er hinüber zur Eidechse und fragte sie: „Liebe Eidechse, ich heiße der kleine schwarze Fisch, und ich will bis an das Ende des Flusses vordringen; ich glaube, du bist weise, darum will ich dich etwas fragen.“

„Bitte schön, du kannst mich fragen, was du möchtest.“

„Unterwegs haben mich viele vor dem Pelikan, dem Sägefisch und dem Kormoran gewarnt. Wenn du darüber etwas weißt, dann erzähle es mir bitte.“

Die Eidechse erzählte: „Den Kormoran und den Sägefisch gibt es in dieser Gegend nicht, vor allem den Sägefisch, denn er lebt ja im Meer, den Pelikan triffst du vielleicht hier, gib acht auf ihn. Hüte dich vor seiner Listigkeit und seinem gefährlichen Beutel!“

„Welcher Beutel denn?“, fragte der Fisch erstaunt.

Die Eidechse gab zur Antwort: „Der Pelikan hat unter dem Schnabel einen Beutel, der sehr viel Wasser speichern kann. Er hält seinen offenen Schnabel

ins Wasser, die Fische gleiten ahnungslos in seinen Beutel und wandern direkt in seinen Bauch. Aber wenn der Pelikan nicht gerade hungrig ist, bewahrt er die Fische in seinem Beutel und frisst sie zur nächsten Mahlzeit.“

„Wenn nun ein Fisch in seinen Beutel gelangt, gibt es für ihn gar keine Hoffnung, doch noch zu entkommen?“

„Es gibt nur einen Weg. Du musst den Beutel zerreißen. Ich gebe dir für alle Fälle einen Dolch mit auf den Weg. Damit kannst du dich aus der Gefangenschaft befreien.“

Die Eidechse glitt flink in eine Steinritze und kam mit einem winzigen Dolch zurück. „Liebe Eidechse“, bedankte sich der kleine Fisch und nahm die Waffe entgegen, „du bist sehr nett, ich weiß nicht, wie ich mich bei dir bedanken soll.“

„Du brauchst dich nicht zu bedanken“, sagte die Eidechse, „ich besitze eine Menge solcher Dolche; wenn ich gerade Zeit habe, setze ich mich hin, und fertige sie aus Dornen und gebe sie solchen klugen Fischen, wie dir.“

Erstaunt fragte der kleine Fisch: „sind denn vor mir schon andere Fische denselben Weg geschwommen?“

„Viele, sehr viele!“, erwiderte die Eidechse, „sie bilden jetzt bestimmt schon einen großen Schwarm, der den Fischer in Bedrängnis bringt.“

„Verzeih, liebe Eidechse, wenn eine Frage sogleich eine andere nach sich zieht. Sieh es mir bitte nicht als Frechheit an, wenn ich wissen möchte, wieso Fische den Fischer in die Enge getrieben haben.“

Die Eidechse gab zur Antwort: „Da sie fest zusammenhalten, können sie das Netz des Fischers, wenn er es auswirft, in die Tiefe des Meeres reißen.“ Dann legte die Eidechse ihr Ohr an eine Steinritze und horchte: „Verzeih bitte, kleiner schwarzer Fisch, ich muss jetzt gehen, meine Kinder sind gerade aufgewacht.“ Sie glitt in den Steinschlitz.

So brach denn der kleine Fisch auch auf, obwohl er gerne noch länger geblieben wäre. Frage auf Frage schoss ihm durch den Kopf: Wird der Fluss wirklich in das Meer münden? Was geschieht, wenn der Pelikan der Stärkere ist? Kann der Sägefisch es

tatsächlich übers Herz bringen, seine eigenen Artgenossen zu fressen? Warum denn steht der Kormoran in Feindschaft mit uns? Er grübelte und grübelte und schwamm dabei immer weiter. Bei jedem Schritt vorwärts, gewahrte er neue Dinge und lernte von ihnen. Es war für ihn jetzt ein richtiges Vergnügen, sich die Wasserfälle herunterpurzeln zu lassen. Die Wärme der Sonne, die er auf seinem Rücken spürte, gab ihm Kraft. Irgendwo unterwegs trank eine Gazelle hastig Wasser. Er grüßte sie: „Schöne Gazelle, warum hast du es so eilig?“ „Der Jäger ist hinter mir her, er hat mich angeschossen, schau her.“ Der kleine Fisch konnte die Wunde zwar nicht sehen, aber an dem hinkenden Gang der Gazelle merkte er, dass es stimmte.

An einer anderen Stelle dösten die Schildkröten vor sich hin, und später hörte er den Widerhall des Rebhuhn Gelächters im Tal. Der Duft von Gebirgskräutern schwebte in der Luft und mischte sich mit dem Wasser. Nachmittags gelangte er dahin, wo der Fluss sich verbreiterte und unter Büschen dahinfloss. Das Wasser war so viel geworden, dass der kleine schwarze Fisch es ausgiebig genießen konnte. Dann begegnete er vielen anderen Fischen. Seit dem Abschied von seiner Mutter hatte er keine mehr zu Gesicht bekommen. Einige winzige Fische umschwärmten ihn neugierig: „Du bist wohl fremd hier, nicht wahr?“

„Ja, ich bin fremd und habe einen langen Weg hinter mir.“

„Wohin willst du denn?“

„Ich bin auf der Suche nach dem Ende des Baches.“

„Welchen Bach meinst du?“

„Diesen hier, in dem wir schwimmen.“

„Wir nennen das hier aber Fluss.“

Der schwarze Fisch schwieg. Ein Fischchen stellte die Frage: „Weißt du denn überhaupt schon, dass der Pelikan unterwegs wartet?“

„Ja, das weiß ich.“

Und ein anderer: „Weißt du das auch, dass er einen ganz schön großen Fangbeutel hat?“

„Ja, das weiß ich auch.“

„Und du willst trotzdem weiter schwimmen?“

„Ich muss gehen“, sagte der schwarze Fisch ernst, „auf jeden Fall.“

weit herkommend, bis an das Ende des Flusses schwimmen wolle und sich nicht einmal vor dem Pelikan fürchte. Ein paar winzige Fische kamen in Versuchung, mit ihm zu gehen, doch aus lauter Angst vor den Alten hielten sie es geheim. Einige meinten bedauernd: „Wenn es nur den Pelikan nicht gäbe, würden wir mit dir kommen, doch wir fürchten uns vor seinem Beutel.“ Der Fluss zog an einem Dorf entlang. Frauen und Mädchen wuschen Wäsche und Geschirr im Wasser. Der kleine schwarze Fisch beobachtete badende Kinder. Dann machte er sich wieder auf den Weg. Er schwamm, schwamm und schwamm, bis die Nacht hereinbrach. Er legte sich unter einen Stein zum Schlafen. Um Mitternacht erwachte er und sah, wie sich der Mond im Wasser spiegelte und alles in seinen Silberglanz tauchte. •



Bald darauf verbreitete sich die Nachricht unter den Fischen, dass ein schwarzer Artgenosse, von



DEMVOLKEDIENEN.ORG

Täglich neue Nachrichten von Kämpfen in den Vierteln, Entwicklungen in der BRD sowie aktuelle Informationen über den Widerstand in den unterdrückten Nationen auf deutsch und englisch.

KONTAKT:
ROTEPOST@GMX.DE

